E-Prüfungen

Eine datenschutzrechtliche Betrachtung

9. DFN-Konferenz Datenschutz am 30. November 2022

Forschungsstelle Recht im DFN Owen Mc Grath, Nicolas John



Mögliche Prüfungsarten

Digital



Analog





Überwacht (unmittelbares und automatisiertes Proctoring)



Nicht überwacht



Analoge Klausur über digitales Portal (Open Book, LearnWeb)

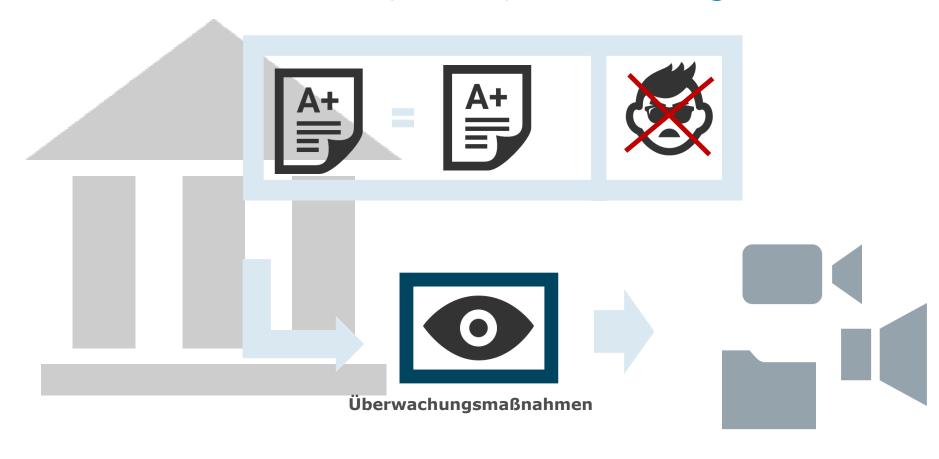


Präsenz

Prüfungsrechtliche Chancengleichheit

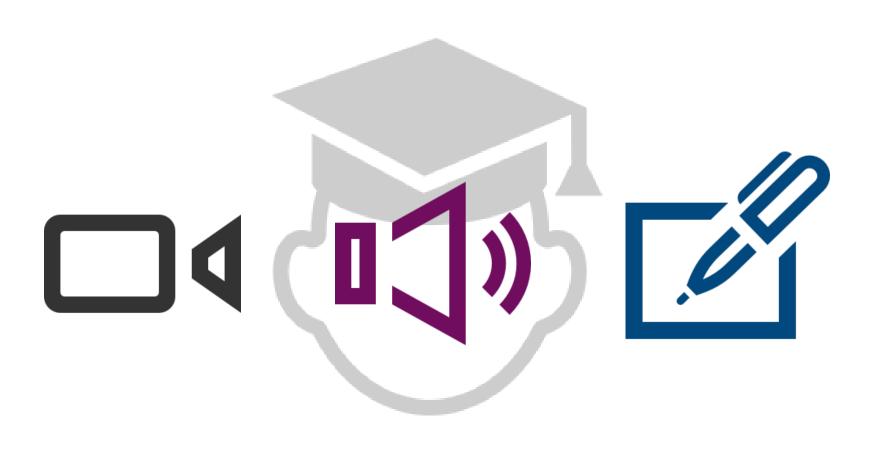


Art. 12 Abs.1, Abs. 2, Art. 3 Grundgesetz



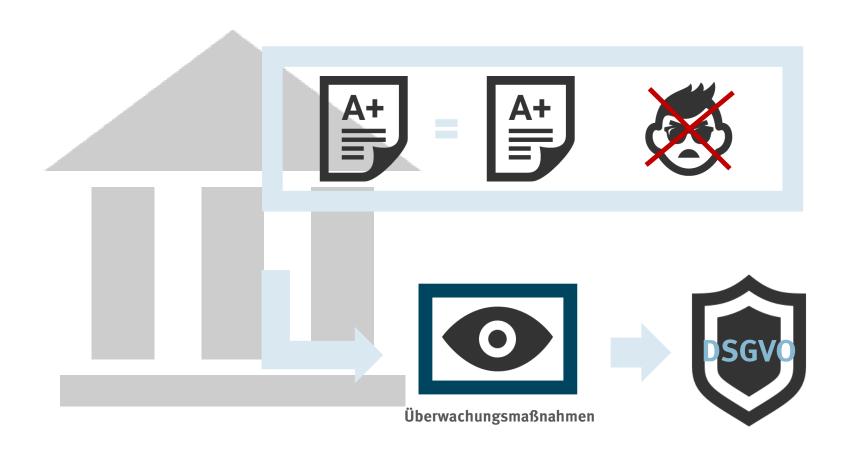
Relevante Daten

DFN



Anwendungsbereich DSGVO





Erlaubnistatbestand



Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 DSGVO: "Die Verarbeitung ist nur rechtmäßig, wenn […]"





Einwilligung



Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO:

- (1) Die Verarbeitung ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:
 - a) Die betroffene Person hat ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben;

Nähere Bedingungen der Einwilligung: Art. 7 DSGVO

Einwilligung



Freiwilligkeit:

Art. 4 Nr. 11, Art. 7 Abs. 4 DSGVO



Kein Zwang = Keine Nachteile!

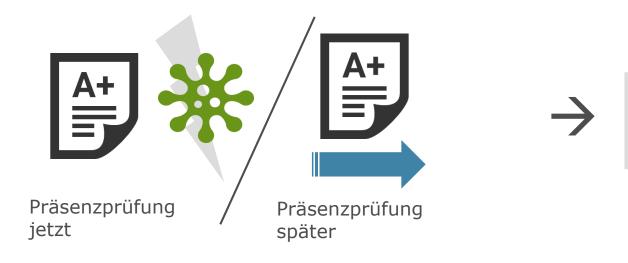


Einwilligung



Nachteile?

Alternativen:



Freiwilligkeit

Einwilligung unwirksam

Erlaubnistatbestand



Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 DSGVO: "Die Verarbeitung ist nur rechtmäßig, wenn [...]"





Öffentliches Interesse



Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit.e DSGVO:

- (1) Die Verarbeitung ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:
 - e) die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;

Öffentliches Interesse



Inwiefern verfolgen überwachte E-Klausuren ein öffentliches Interesse?

Gewährleistung des Grundsatzes prüfungsrechtlicher Chancengleichheit = Öffentliches Interesse!

(Aufrechterhaltung des Prüfungswesens trotz Corona-Pandemie = Öffentliches Interesse!)

Öffnungsklausel, Art. 6 Abs. 2, 3 DSGVO → nationale Regelung erforderlich

Umsetzung in den Ländern: Übersicht



Gesetzliche Rahmenbedingungen mit Verweis auf PrüfungsO

Gesetzliche Regelung



Bayern
Bremen
Hessen
Rheinland-Pfalz
Sachsen-Anhalt



Verweis auf PrüfungsO



Wirkung von Handreichungen der Landesdatenschutzbeauftragten?

Umsetzung in den Ländern: Normen



Gesetzliche Regelung	Gesetzliche Rahmenbedingungen mit Verweis auf PrüfungsO	Verweis auf PrüfungsO
Bayern: BayFEV	Baden-Württemberg: § 32a, 32b LHG	Berlin: § 32 BerlHG
Bremen: Digitalprüfungsordnung	Hamburg: § 60 Abs. 2a HmbHG	Brandenburg: § 23 Abs. 1 BbgHG
Hessen: § 23 HessHG	Mecklenburg-Vorpommern: § 7a, 38 Abs. 11 LHG MV	Nordrhein-Westfalen: § 64 Abs. 2 S. 2 HG NRW
Rheinland-Pfalz: FernPrüfProbV RP	Niedersachsen: § 7 IV NHG	Saarland: § 63 Abs. 6 SHSG
Sachsen-Anhalt: EFPrVO-LSA	Schleswig-Holstein: § 51 Abs. 6 HSG	Sachsen: § 35 Abs. 1 S. 3, 4 SächsHSFG
		Thüringen: § 55 Abs. 2 ThürHG

Erlaubnistatbestand



Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 DSGVO: "Die Verarbeitung ist nur rechtmäßig, wenn [...]"





Grundsätze der Verarbeitung



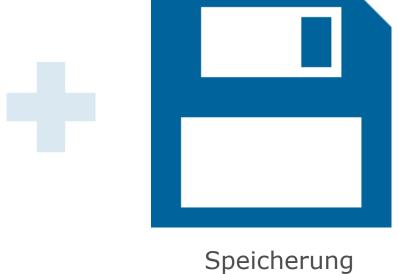
Art. 5 DSGVO:

Abs. 1 lit. c: "Personenbezogene Daten müssen [..] dem Zweck angemessen und [...] auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein"



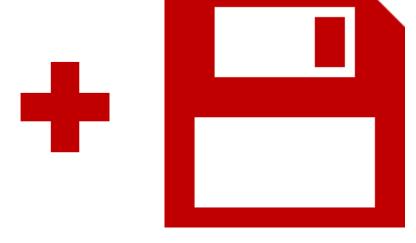


- Audioüberwachung
- Videoüberwachung
- ► 360°-Raumscan
- ► Erfassen des Bildschirms
- Identitätsfeststellung





- Audioüberwachung
- Videoüberwachung
- ► 360°-Raumscan
- ► Erfassen des Bildschirms
- Identitätsfeststellung

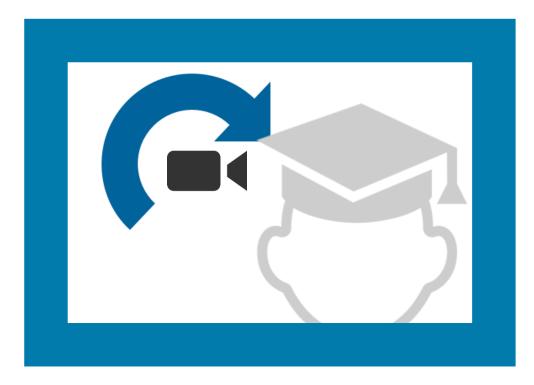


Speicherung

→ Speicherung durch simultane digitale Überwachung zu vermeiden



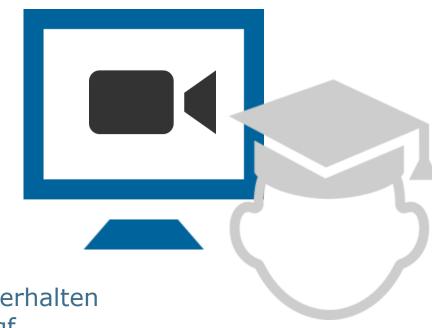
- Audioüberwachung
- Videoüberwachung
- ▶ 360°-Raumscan
- ► Erfassen des Bildschirms
- Identitätsfeststellung



→ durch Information geeignete Umgebung schaffen ("Prüfungskube")



- Audioüberwachung
- Videoüberwachung
- ► 360°-Raumscan
- Erfassen des Bildschirms
- Identitätsfeststellung



 → Auffälliges Verhalten registrieren (ggf. Bildschirmübertragung nach Aufforderung/Bedarf)

Verhältnismäßige Überwachungsmaßnahmen





Vergleich zur Präsenzsituation?





Lesestoff



Rennert in DFN-Infobrief Recht 10/2022:
 Drum prüfe, wer sich online schindet

Albrecht/Mc Grath/Uphues in ZD 2021, 80:
 Aufsichtsklausuren aus dem Homeoffice – Datenschutzrechtliche
 Zulässigkeit der Online-Aufsicht von Studierenden

LDI NRW:

Handreichung des LDI NRW zu Online-Prüfungen an Hochschulen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Kontakt

Forschungsstelle Recht im DFN

E-Mail: recht@dfn.de

Telefon: 0049 251 83 38616 Fax: 0049 251 83 38601

Anschrift:

Institut für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht - Forschungsstelle Recht im DFN - Leonardo-Campus 9 48149 Münster

